

Dresdener Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig.
Nr. 140.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Eröffnungzeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gespaltene Zeilen mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 140.

Dresden, Mittwoch den 19. Juni 1918.

29. Jahrg.

Verständigungsversuche. — Der Hilferuf aus Oesterreich. Die Gegenrevolution in Rußland.

Neuer Verständigungsversuch?

Ist bereits die Stunde gekommen, wo ein neuer Verständigungsversuch zwischen den Kriegführenden unternommen werden kann? Millionen und aber Millionen in den Völkern wünschen nichts sehnlicher, als daß endlich der Weg gefunden werde, auf dem sie zum Frieden gelangen können. Innerhalb dieser Stimmerei hat sich die Hoffnung an diese und jene Zeichen, die auf eine wenn auch noch entfernte Möglichkeit zur Einleitung von Verhandlungen zu deuten scheinen.

Schweizerische Blätter wollen wissen, daß es bei der Zusammenkunft der Ententevertreter in Versailles zwischen Lloyd George und Clemenceau zu ersten Auseinandersetzungen gekommen sei. Lloyd George soll sich für einen Versuch der Friedensabhandlung und der Aufstellung eines neuen allumfassenden Kriegszielprogramms der Entente eingesetzt haben. Clemenceau soll sich gegen diesen Vorschlag heftig gewehrt und erklärt haben, daß seine unmittelbare Friedensangebote an Deutschland gleich und werde r a Deutschland als Junghäuschen der Schwäche ausgelegt werden. Es läßt sich vorläufig nicht erkennen, ob an diesen Meldungen etwas Wahres ist. Man weiß, daß Lloyd George vor der Öffentlichkeit noch vor kurzer Zeit ganz anders gesprochen hat, als ihm jetzt zugeschrieben wird. Auch wird die Vermutung laut, daß Lloyd George ein gewisses Einlenken lediglich zum Schein zur Schau bringe, um die englische Arbeiterpartei zu beruhigen. Jedenfalls wird erst größere Klarheit über die wirklichen Absichten der englischen Regierung abgewartet werden müssen, bevor eine Hoffnung auf das Erwachen der Vernunft bei den kriegführenden Völkern gesetzt werden kann.

Erstlich und sehr dankenswert ist es gemäß, daß im neutralen Holland wiederum die Absicht sich regt, sich um eine Friedensvermittlung zu bemühen. Der ich in den letzten Kriegsjahren oft genannte holländische Friedensfreund Troelstra beabsichtigt, wie wir gestern meldeten, in Verbindung mit anderen sozialistischen Abgeordneten die holländische Regierung zu einem Friedensschritt zu bewegen. Die holländischen Abgeordneten gehen von der Voraussetzung aus, daß jede der kriegführenden Parteien zu einer Friedensvereinbarung bereit sei, jedoch die Bereitschaft der Gegenpartei bezweifle. Wird die holländische Regierung sich in der Lage befinden, daß sie der an sie zu richtenden Anregung folgen kann? An gutem Willen hat es der Regierung des Landes, das gleichfalls so schwer unter dem Weltkriege leidet, niemals gefehlt. Aber sowohl die holländische Regierung wie die Regierungen der anderen kleineren neutralen Länder haben bisher stets auf den Versuch einer Vermittlungsfunktion verzichtet müssen, weil er aussichtslos erschien und weil er sogar von den Kriegführenden als unfreundliche Handlung angesehen werden könnte. Die neutralen Staaten haben sich aber stets auf den Standpunkt gestellt, daß sie erst dann an einer Vermittlung mitwirken können, wenn sie von beiden Seiten der Kriegführenden darum erlucht werden.

Ein weiterer Versuch, wenigstens die erste Vorbereitung für eine Verständigungsaktion zu bewirken, wird von unremisger Sozialisten Troelstra, dem Vorsitzenden der holländischen Sozialdemokratie, unternommen. Troelstra hat seit dem ersten Kriegsjahre unermüdlich für den Frieden gearbeitet, er hat in vorigen Jahre an der Vorarbeit für die leider gescheiterte Stockholm-Konferenz mit allem Eifer gearbeitet. Er will auch jetzt wieder nichts unversucht lassen, um das Menschheitsgefühl zu überwinden. Ihm muß auch zugestanden werden, daß er mit großer Besonnenheit und echter Neutralität zwischen den Ansprüchen der streitenden Parteien die Überbrückung gesucht hat. Troelstra beabsichtigt, in den nächsten Tagen stattfindenden Kongress der englischen Arbeiterpartei zu besuchen. Um dort mit Erfolg zu wirken, mußte er sich von neuem über die Stellungnahme der Sozialisten der Mittelmächte vergewissern. Seinem Wunsch, Troelstra im Auftrag unremisger Parteivorstandes offiziell gefolgt und nach Holland gereist; aus Oesterreich kamen die Abgeordneten Seig und Ellenbogen. Die deutsche Sozialdemokratie ist in jeder Zeit des Kriegesverlaufs zu einer neuen Aussprache mit den Vertretern der Arbeiterparteien der gegnerischen Länder bereit gewesen und hat immer in der aller Offenheit bekannt, in welcher Weise sie den von ihr vertretenen Verständigungsversuchen aufsaß. So wird auch jetzt Troelstra gegenüber Troelstra unsere Verantwortlichkeit für einen neuen Versuch der sozialistisch-internationalen Verständigungsaktion bekundet haben. Trotz allen Abweismungen, die wir erfahren haben, werden wir um unremisger und aller leidenden Völker willen zu jeder Stunde keine noch so entfernte Möglichkeit außer acht lassen, um dem Frieden zu dienen.

Wir haben jedoch schon gestern ausgesprochen, daß Troelstra ein sehr nützlich und undankbares Stück Arbeit vor sich haben dürfte. Noch ist nicht einmal sicher, ob die englische Regierung ihm überhaupt gestatten wird, den Boden des freien England zu betreten. Nach einer Meldung der Daily Mail

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

19. Juni 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht: Regte Erkundungstätigkeit der Infanterie. Teilangriffe des Feindes am Rieppe-Walde und nördlich von Böhme wurden abgewiesen. Der Artilleriekampf lebte nur in wenigen Abschnitten auf.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz: Schwellich von Dammers schickerte am frühen Morgen der Angriff französischer Regimenter im Nordosteile des Waldes von Villers-Catteret. Am Tage mehrfach wiederholter Ansturm drückte unsere Infanterie von Montpoint vorbringende Linie etwas in das Innere des Waldes zurück. Im Gignon-Waldgebiet nordwestlich von Chateau-Thierry riefen mehrere feindliche Kompanien zum Angriff vor. Sie wurden von unseren Vorposten abgewiesen. Artillerie und Minenwerfer belegten mit starken Feuerüberfällen die feindlichen Anlagen bei Heims. Nachfolgende Infanterieabteilungen brachten etwa 50 Gefangene ein.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge und drei Zerstörer abgeschossen. Hauptmann Berthold errang seinen 35., Leutnant Bellens seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

soll das sogar unwahrscheinlich sein. Kommt aber Troelstra zum Kongress der britischen Arbeiterpartei, so wird er prüfen müssen, ob die Führer der Arbeiterpartei noch an den Kriegszielvorgaben festhalten, die sie auf der Konferenz der Entente-Sozialisten am 20. Februar d. J. beschlossen haben. Die damals aufgestellten Forderungen hinsichtlich Glas-Vorkriegslohn, Polen, Oesterreich-Ungarn, Italien usw. tragen in höchstem Maße den Charakter der Eroberungspolitik und obendrein wurde ihre Anerkennung durch die deutsche Sozialdemokratie als Vorbedingung für die Einleitung einer Aussprache aufgestellt.

Nach alledem wird man auch die jetzigen Bemühungen Troelstras mit einiger Zurückhaltung begleiten müssen. Wir bemitleiden diese Bemühungen aufs herzlichste und wünschen nichts sehnlicher als ihren baldigen Erfolg. Hoffentlich gelingt es ihm, bei den Arbeitervertretern Englands und Frankreichs eine bessere Einsicht zu bewirken.

Troelstra und Scheidemann.

Haag, 19. Juni.

Die holländischen Blätter melden: Dr. Troelstra hatte gestern eine Unterredung mit Scheidemann. Troelstra erklärte, es bestünde kein Anlaß, Mitteilungen über diese Unterredung zu machen. Es wurde ein Bericht über das Gespräch abgefaßt, von dem Troelstra eine Abschrift mit nach London nehmen wird, eine andere Abschrift wird Scheidemann mit nach Berlin nehmen, um darüber mit seinen Berliner Genossen zu beraten.

Die Agitation gegen die Reise Troelstra's.

b. Rotterdam, 18. Juni.

Die von englischer Seite betriebene Agitation gegen die Reise Troelstras nach England nimmt dauernd zu. Der Korrespondent des Nieuwe Rotterdamse Courant meldet jetzt aus London, die Daily Mail habe es für unwahrscheinlich, daß Troelstra den Vah erhalten werde. Die holländische Abteilung des Bundes neutraler Länder teilte mit, daß sie folgendes Telegramm an Havelock Wilson, den Vorsitzenden des „Bundes britischer Seeleute“, gerichtet hat: „Die holländische Abteilung des Bundes neutraler Länder“ wünscht Sie ernstlich vor der Reise Troelstras nach England und Frankreich zu warnen. Sind englische Seeleute bereit, einen Deutschenfreund an Bord zu nehmen, der von Anfang des Krieges an den unbeschränkten Unterseebootkrieg ausgehen und einem holländischen Journalisten erklärt hat, daß Holland seinen Krieg erklären würde, selbst wenn holländische Schiffe torpediert werden sollten?“

Die holländische Friedensstundegebung.

Das Landbrot der drei holländischen Abgeordneten trägt die Aufschrift: „Vermittlung durch die holländische Regierung?“ Sie erklären darin, daß in England die Bewegung für einen Verständigungsversuch zwischen, älteren entsprechenden Versicherungen englischer Sozialisten, denen sie Erklärungen deutscher Parlamentarier anfügen, und sprechen den Wunsch aus, daß eine neutrale Regierung zu den Mittelmächten sage:

„Wir glauben zu wissen, daß Ihr nicht einen Eroberungskrieg führt. Wir glauben aus verschiedenen Versicherungen Eurer Staatsmänner ableiten zu können, daß Ihr bereit seid, Belgien seine vollständige politische und ökonomische Unabhängigkeit zurückzugeben und Frankreich zu räumen, daß Ihr im allgemeinen bereit seid, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu rechnen, daß Ihr mitwirken wollt an der Schaffung eines allgemeinen Völkerbundes.“

Den Ententemächten solle gleichzeitig die neutrale Regierung sagen:

„Wir fühlen uns zur Annahme veranlaßt, daß Ihr nicht nach einer gütlichen Beilegung Deutschlands strebt, daß Ihr nicht die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns fordert, daß Ihr nicht wärt, nach dem Siege gegen die Mittelmächte einen Wirtschaftskrieg zu führen, kurz, daß Ihr bereit seid, über den Frieden zu verhandeln auf der Grundlage der vier Prinzipien, die Präsident Wilson verkündet hat.“

Dann sprechen die Verfasser der Kundgebung die Einsicht aus, die niederländische Regierung solle so die Vermittlung übernehmen.

Die Ernährungsnot in Oesterreich.

Die Kürzung der Brotration in Wien zeigt erschreckend, in wie schweren Ernährungsnöten man sich in Oesterreich befindet. Es kommen natürlich jetzt von dort die lebhaftesten Hilferufe nach Deutschland, und es wird sogar behauptet, daß Deutschland sich verpflichtet habe, eventuell mit Vorräten aus seinen eigenen Meeresbeständen auszuweichen. Wie W. L. B. mitteilt, kann davon gar keine Rede sein. Von deutscher Seite hat man offenbar nur die Verpflichtung übernommen, einen erheblichen Teil des aufgebrauchten ukrainischen Getreides nach Oesterreich zu liefern, und da, wie bekannt ist, die Erfassung des ukrainischen Getreides nur sehr unvollkommen gelungen ist, so sind auch die Mengen, die nach Oesterreich kommen, eben unzureichend. Die Lieferung nennenswerter Mengen von Nahrungsmitteln aus Deutschland nach Oesterreich kann nicht in Frage kommen, da wir ja auch unter der äußersten Knappheit leiden und unsere Brotration herabsetzen mußten. Wenn die Nahrungsmittelverhältnisse in Oesterreich größer sind als in Deutschland, so dürfte das kaum daran liegen, daß dort im Verhältnis zur Bevölkerung weniger Nahrungsmittel vorhanden sind als bei uns. Oesterreich ist ja in viel höherem Grade noch ein Agrarland als Deutschland. Aber offenbar werden die vorhandenen Vorräte noch viel schlechter erfaßt, als das in Deutschland geschieht und deshalb muß jetzt die städtische und industrielle Bevölkerung hungern. Die österreichische Regierung muß ihr möglichstes tun, um zu erreichen, daß wenigstens im nächsten Erntejahr die Nahrungsmittelvorräte in ihrem Lande besser erfaßt werden, damit im kommenden Erntejahr die österreichische Bevölkerung vor so großer Not bewahrt bleibt. Dabei darf man freilich nicht verkennen, daß bei den österreichischen Verhältnissen der Durchführung der notwendigen Maßnahmen noch viel größere Schwierigkeiten entgegenstehen dürften als bei uns. Man denke nur an die großen nationalen Gegensätze, die vielfach zur Folge haben dürften, daß die unteren Verwaltungsbehörden in einzelnen Landesteilen bei der Durchführung der von der Zentralstelle erlassenen Verordnungen keinen allzugroßen Eifer entwickeln. Viel eher wie Deutschland wäre wahrscheinlich Ungarn, das ein ausgesprochenes Agrarland ist und im Frieden Getreide ausführt, imstande, den Oesterreichern zu helfen, wenn dort auch nur halbwegs ausreichende Maßnahmen zur Erfassung der vorhandenen Nahrungsmittel und zur Bekämpfung des Verbrauchs der eigenen Bevölkerung getroffen werden.

Sitzung der Wiener Gemeinderatsobmänner.

Wien, 18. Juni. Folgende amtliche Mitteilungen wurden heute im Wiener Gemeinderat über die Ursachen der Kürzung der Brotration geteilt: Deutschland hat sich vor einigen Wochen in einem Staatsvertrag verpflichtet, die Nahrungsvorsorgung Oesterreichs sowohl für die Zivilbevölkerung als auch für das Militär zu übernehmen, gleichgültig, ob durch Zufälle aus der Ukraine oder Rumänien oder aus dem eigenen deutschen Meeresbestand. (1) Anfangs gingen die Lieferungen ganz gut. Seit acht Tagen ist Deutschland mit dem Kontingent im Rückstand, und derzeit sind 3000 Waggonen Mehl, davon 1000 für die Zivilbevölkerung, nicht geliefert worden. Gleichzeitig trat eine Stagnation in der Getreidelieferung ein. Es wurden dringende Depeschen an die deutsche Meeresleitung und an die maßgebenden Stellen in Berlin abgesendet sowie eine diplomatische Aktion durch unseren Botschafter in Berlin und bei der hiesigen deutschen Botschaft eingeleitet.

Wien, 17. Juni. In der heutigen Beratung der Obmänner der Gemeinderatsparteien berichtet Bürgermeister Weiskopf über die Kürzung der Brotration in Wien sowie über seine Vorschläge beim Ministerpräsidenten und Ernährungsminister, die aber ergebnislos geblieben sei. In der anschließenden Debatte wurde das Verlangen gestellt, daß die Regierung sofort neuerliche Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland pflege, mit Deutschland insbesondere in der Richtung, daß es, wenn schon nicht mit Mehl, so doch mit Hartweizen ausbehe. Auf Antrag des Bürgermeisters wurde die Meinung von Tschepchen an den unarischen Ernährungsminister, an den hiesigen Reichsministerpräsidenten und an die deutsche Reichsregierung beschloffen, in denen weitere aus-

reichende Einfuhren von Rohstoffen, insbesondere aus Bayern erbeten werden.

Wien, 18. Juni. Einer Abordnung von Sozialdemokraten, die wegen der Abgabe von Zement für die Wiener Bevölkerung vorstellig wurde, erklärte der Ministerpräsident von Seidiz, daß von den zivilen wie von den militärischen Stellen alles nur erdenkliche unternommen wurde, um die getroffene Verfügung zu vermeiden.

(Anmerkung des VFA: Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Abgabe von Zement aus deutschen Beständen ausgeschlossen.)

Wien, 18. Juni. In der Arbeiterzeitung fordert der Parteivorstand die gesamte Arbeiterklasse auf, bei Beginn der Produktion und der dadurch entstehenden Unzufriedenheit nicht zu Ausfahrungen auf der Straße überzugehen, vielmehr die Beschlüsse des in heute nachmittag einberufenen Wiener Arbeiterrates abzuwarten.

Ein ukrainischer Nahrungsmittelrat.

Kiew, 17. Juni. Der deutsche und der österreichisch-ungarische Volksherr unterzeichneten heute gemeinschaftlich mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten ein Abkommen über die Einrichtung eines ukrainischen Nahrungsmittelrates, der für das ganze Gebiet der Ukraine einseitig die Ausbeutung der Nahrungsmittel- und Futtermittel zu regeln und die Versorgung der in der Ukraine stehenden Truppen, der Industriearbeiter der Ukraine sowie die Ausfuhr nach den Mittelmächten zu übernehmen hat.

Der österreichische Minister für Volksernährung Paul, ist in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgeblieben. Der Minister begab sich in Richtung des Graten Ringes von der Dierichs-angarischen Kolonne nach dem Kriegsbüro.

Die Bewirtschaftung der neuen Ernte.

Wien, 18. Juni. (Wiener N. S. Korrespondenz.) Durch eine heute verlautbarte Verordnung wird die Bewirtschaftung der neuen Ernte ebenso wie im Deutschen Reich und künftig auch in Ungarn im Sinne einer strengen staatlichen Bewirtschaftung geregelt. Der Plan für die Getreideausbringung geht von der Tatsache aus, daß Österreich ohne irgend welche Vorräte in das neue Getreidejahr eintritt und daher danach getrachtet werden muß, möglichst rasch in den Besitz der erforderlichen Getreidemengen zu gelangen.

Die schwierige Lage der Volkswirtschaft.

Neben den anderen außerordentlich großen Schwierigkeiten, mit denen die Regierung Lenins zu kämpfen hat, stehen jetzt im Vordergrund der Ereignisse die Abwehrmaßnahmen, die einerseits gegen die Festsicherung Englands am Weißen Meer, andererseits gegen die tschecho-slowakische Gegenrevolution nötig sind.

Der Stockholmer Vertreter der Voss. Ztg. berichtet über die Gründung einer neuen autonomen nordrussischen Republik unter englischer Oberhoheit, über die am 24. Mai zwischen den Sowjets verschiedener nordrussischer Städte in Gegenwart mehrerer britischer Offiziere verhandelt worden ist.

Die Sowjet-Regierung erhebt lebhafteste Proteste gegen die Einmischung der Entente in die inneren russischen Verhältnisse. Vor einigen Tagen schrieb, wie aus Moskau berichtet wird, die Tschekija: Die Einmischung unserer Bundesgenossen gegen die Räteregierung wird lediglich die breiten Massen gegen die neuen Verwaltungen aufbringen und eine Lage schaffen, wie die Ukrainer sie den Deutschen schufen.

Andersseits meiden der Sowjet-Regierung große Ingelegenheiten durch die tschecho-slowakischen Truppen teile bereit, die unter französischer Führung sowohl im Wolgagebiet wie in Westsibirien zugunsten der Gegenrevolution eintraten.

wonach alle Arbeiter und Bauern, die in den Jahren 1893 bis 1897 geboren sind und in den Wolga-, Ural- und westsibirischen Militärbezirken vorübergehend oder ständig wohnen, der Einberufung unterliegen. Nach Meldung der gleichen Zeitung sollen die tschecho-slowakischen bei Samara unter der Führung des französischen Obersten Seltier stehen.

Nach Meldungen aus Petersburg ist die bolschewistische Regierung Westsibiriens nach schweren Kämpfen bei Omsk, Krasnojarsk und Ufa durch die Gegenrevolutionäre und Tschechen gestürzt und Omsk genommen worden. Die sibirische Regierung hat sich bereit erklärt, Russland mit Protest zu verlassen unter der Bedingung, daß der Rat der Volksregierung keine militärischen Schritte gegen Sibirien unternimmt.

Die Entente beschlagnahmt russische Schiffe.

Wdt. Heftungsred. 15. Juni. Duloubstadtl meldet, daß Moskauer Nachrichten zufolge alle in amerikanischen und englischen Häfen liegenden russischen Schiffe beschlagnahmt worden seien.

Die Verhandlung der Russen in Frankreich.

Wdt. Heftungsred. 18. Juni. Neuere Nachrichten über die Verhandlung des letzten russischen Expeditionskorps in Frankreich zeigen von neuem, mit welchen Mitteln Frankreich die Russen zur Fortsetzung des Kampfes gezwungen hat.

Die Eröffnung des rumänischen Parlaments

Bukarest, 18. Juni. Das neue rumänische Parlament wurde in Jassy mit einer Thronrede des Königs Ferdinand eröffnet. Die Thronrede erklärt zunächst mit Bezug auf den Friedensvertrag, der der jetzt bestehenden Körperlichkeit unzugänglich zur Billigung unterbreitet werden würde, er lege offenbar schmerzliche Opfer auf.

Bukarest, 18. Juni.

Als Jassy wird gemeldet: Die Eröffnung des Parlaments verlief in durchaus ruhiger und würdiger Weise. Als der König, der bei seinem Erscheinen von den Volksgliedern lebhaft begrüßt wurde, beim Verlesen der Thronrede sagte, daß die Verlängerung des Widerstandes die vollkommene Erschöpfung der Kräfte des Landes bedingt hätte, und daß Rumänien den Frieden abgeschlossen habe, der sich ihm als eine Lebensbedingung aufdränge, brachen die Rufe in einen mehrere Minuten währenden Beifallssturm aus.

Als Jassy wird weiter gemeldet: Vor Zusammentritt des Parlaments hielten die Mitglieder der Regierung eine Beratung ab. Der Ministerpräsident Marghiloman betonte, daß die Erhebung der Forderungen gegen die früheren Machthaber aus der Initiative des Parlaments und nicht aus jener der Regierung erfolgen müsse.

Bratiano. Brich, 18. Juni. Nach Pariser Meldungen steht die Verteilung von Bratiano unter der Aufsicht des Oesterreichs und der Entente.

Die Schlacht in Venetien.

Die Kämpfe in Italien dauern weiter. Die österreichisch-ungarischen Truppen haben an Raum gewonnen und die Zahl der von ihnen gemachten Gefangenen hat sich erhöht. In der Presse wird betont, daß es sich bei den österreichisch-ungarischen Unternehmungen nicht um eine Offensive großer Ziele, sondern nur um Unternehmungen örtlicher Natur handelt, die sich durch das im Rahmen der laufenden Kampfhandlungen abspielen.

Wdt. Wien, 18. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Die Schlacht in Venetien nimmt ihren Fortgang. Die Armeen des Generalobersten Freiherrn v. Duran gewannen an zahlreichen Stellen Raum; ihr Vordringen erreichte in zähen Kämpfen den Kanal Piave. Generaloberst Graf Herzog Josef hatte seinen Erfolg im Monte-Carlo-Gebiete aus. Italienische Truppen schickten. In drei Kampfzügen wurden in diesen Gebieten 73 italienische Geschütze eingebracht, darunter zahlreiche schwere Kanonen.

Italienischer Oberesbericht vom 17. Juni.

Auf der Hochfläche von Asiago und auf dem Grappa behauptete sich der Feind, der im Laufe des 15. Juni ungeheure Verluste erlitten hatte, gestern darauf, die Gegenoffensive unserer Truppen und derjenigen der Alliierten, die an mehreren Punkten ihren Erfolg sichern und Frontberichtigungen vornehmen konnten, durch starke Feuerabwehr Hindernisse zu bereiten.

Rundgebungen gegen die italienische Regierung.

Nach zuverlässigen Privatmeldungen aus Italien ist es Ende der vorigen Woche in Mailand und Turin zu großen regierungsfeindlichen Rundgebungen gekommen. Die italienische Zensur unterdrückte die Weitergabe von Einzelheiten.

24500 Tonnen versenkt.

Berlin, 18. Juni. Im Sperrgebiet des Mittelmeeres versenkte unsere U-Boote sechs Dampfer und vier Segler von zusammen 24500 Brutto-Register-Tonnen.

Landung französischer Flieger in Holland.

Amsterdam, 19. Juni. Bei Vlissingen erfolgte gestern die Landung eines französischen Flugzeuges, das nach seiner Entdeckung von der Belagerung eines der Feind unter Feuer genommen worden war.

Deutsche Flieger über Neuport?

Rotterdam, 19. Juni. (Telefun.) Financier News belächelt die sensationelle Meldung, daß deutsche Flieger über amerikanisches Territorium geflogen wurden.

Lenins Erkenntnisse.

Jede neue Rundgebung Lenins zeigt deutlicher den ungeborenen Fortschritt in der Erkenntnis der sozialistischen Wirklichkeiten, die der große Führer des russischen Sozialismus macht. In seiner neuesten Rundgebung spricht Lenin zum ersten Male die richtige Erkenntnis aus, daß Deutschland und Rußland auf verschiedenen Wegen gemeinsam den sozialistischen Zielen am nächsten gekommen sind.

Diese Darlegungen finden sich in einer sehr interessanten Aufsatzreihe Lenins: „Aber die Kinderlein von links“ und „Das Kleinbürgerlein“ in der Pravda. Lenin legt sich damit mit den „linken Kommunisten“ auseinander, die ihm mit Vorwurf machen, daß er nicht sofort zur „allerentworflichsten „Bergesellschaftung“ schreitet.

Auch die Warnung der linken Kommunisten vor einer Evolution zum Staatskapitalismus reizt Lenin zum Nachdenken. Dabei haben sie nicht einmal bedacht, daß der Staatskapitalismus einen Fortschritt bedeuten würde gegenüber der jetzigen Lage in unserer Räte-Republic.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Aufgabe der Braunkohlenstiftung.

Nützlich ist in Freiberg an der Bergakademie eine Braunkohlenstiftung errichtet worden, wozu auch 100 000 M. zur Verfügung gestellt worden sind. Nach dem in das Stiftungskapital auf 589 600 M. erhöht worden. Teilweise aus Erträgen der Stiftung soll ein Forschungsinstitut für Braunkohle und ein Lehrstuhl für Braunkohlenchemie an der Bergakademie Freiberg errichtet werden. Im Allgemeinen hat die Stiftung den Zweck, an der Bergakademie Lehr- und Forschungstätigkeit auf dem Gebiete des Braunkohlenerzbaues einschließlich der Weiterverarbeitung und Verwertung seiner Erzeugnisse zu fördern und durch Geldmittel zu unterstützen.

Bei der Gründungsfeier für diese Stiftung bereitete sich der Vorsitzende des Stiftungsausschusses, Generaldirektor Fintschel, aus Halle, auf über die speziellen Aufgaben der Braunkohlenstiftung und führte folgendes aus:

Vergewärtigen wir uns, daß die Braunkohle noch vor Jahren ein kleines, unscheinbares Neuerblünder, heute eine stolze Säule der deutschen Volkswirtschaft geworden ist. Beträgt doch die deutsche Förderung an Braunkohle heute an 100 000 000 Tonnen, die Förderung an Steinkohle an 25 000 000 Tonnen jährlich, so daß der Braunkohlenerzbergbau zur Zeit nach der Steinkohle der wichtigste Zweig im deutschen Bergwesen geworden ist. Nun schlummern aber in der Braunkohle eine große Zahl fossiler Stoffe, deren Gewinnung im Kriege erst recht zum Bewußtsein gekommen ist. Zunächst ist es der Teer, bei dessen Weiterverarbeitung die so nötigen Schmier- und Treibmittel gewonnen werden, der uns Paraffinöl, Benzol und andere wichtige Stoffe liefert. Die bis heute angewendeten Verfahren der Teerergänzung ergeben bestenfalls eine Ausbeute von etwa 60 Prozent. Hier wird es Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung sein, in enger Verbindung mit der Praxis neue Wege und Verfahren zu finden, um die Erträge zu verbessern, um einmal die Ausbeute zu steigern und zum anderen neue Stoffe im billigen Verfahren zu gewinnen. Schon sind neue Wege bekannt, aber noch sehr viel Neuland liegt vor uns. Allein die Aufgabe der Kohlenbereitung der heute als Feuerkohle bei der Erzeugung verwendeten Kohlenmengen nach der chemischen Seite ist so reichhaltig und wirtschaftlich bedeutend, daß sie ein eigenes Institut wert ist. Bedenkt man, daß heute Deutschland fast 20 Millionen Tonnen für diese Zwecke über den Seelefen verfrachtet werden, so erhellet die Größe des Problems, wenn ein Weg gefunden werden könnte, diesen Mengen vorher die kostbaren Stoffe zu entnehmen und das Verfahren vielleicht so auszubauen und zu vereinfachen, daß es die Gewinnungskosten dieser Kohlenmengen aufheben könnte. Reizvoll winkt hierbei die Klärung der Frage der Brennstoffgewinnung für die Wirtschaftlichkeit der Gewinnung von Nebenprodukten an sich sowie die Gewinnung der genannten Nebenprodukte unter Verwendung von Gasmaschinen oder Dampfmaschinen bei Erzeugung des Dampfes mit Sauererzeugung gegenüber unmittelbarer Verbrennung. Im Zusammenhang damit steht die Untersuchung der Braunkohle, die gerade im Braunkohlenerzbergbau eine sehr große Rolle spielt und deren Bedeutung in Zukunft noch erheblich wachsen wird. Hat man bisher fast ausschließlich die Schmelztechnik und neuerdings mit der Anwendung von Generatoren gearbeitet, so liegen doch schon Ansätze vor, auch auf anderem Wege die Entziehung der wichtigen Stoffe im Großbetriebe gelingen könnte.

Weit dehnt sich hier das Arbeitsfeld, und der von der Reichsregierung weitgehend errichtete Lehrstuhl für die Braunkohlenchemie an der Bergakademie Freiberg hat vor Aufgaben höchster Bedeutung. Seine Entwicklung wird vom Reich freudig begrüßt, wird er doch einen Teil, ihm eine stark tüchtige Berg- und Hüttenchemie zu schenken, die mit dem Rüstzeuge der Wissenschaft fruchtbarsten Weiterentwicklung der Braunkohlenchemie im Großbetriebe ihre Kräfte leihen können. Der Lehre gliedert sich aber auch die wissenschaftliche Forschung, die in der Braunkohle und beide ergänzen sich. Wenn auch zunächst für diese Zwecke eine vorläufige Einrichtung des Laboratoriums ins Leben tritt, so hat sich doch die Staatsregierung entschlossen, auch der Forschung eine wohlgeleitete Abteilung im Falle eines Forschungsinstituts zu geben, und zwar soll es mit allen neuzeitlichen Mitteln der Technik ausgerüstet dem großen Ziele durch seine vollständigen und reichhaltigen Einrichtungen gerecht werden und das Forschungsinstitut für die Braunkohle in Deutschland werden.

Wenn so die Braunkohlenchemie mit ihren weitestgehenden Möglichkeiten naturgemäß im Brennpunkt der heutigen Wünsche steht, darf doch ihrer Schwester, der Braunkohlenerzbergbau, nicht vergessen werden. Auch sie, für die bereits vor dem Kriege der Lehrstuhl errichtet wurde, findet ein weites und fruchtbares Feld für die Weiterentwicklung.

In erster Linie ist es hier der Braunkohlenerzbergbau, der den Braunkohlenerzbergbau eine so große Bedeutung gewonnen hat und dessen wissenschaftliche Vorbereitung bislang noch auf seiner deutschen Hochschule eine Stätte gefunden hat. In der Braunkohlenerzbergbau schon jetzt jährlich an 100 Millionen Kubikmeter Bergbau betriebe dieser Teil des Braunkohlenerzbaues bedarf besonders der wissenschaftlichen Durchdringung, da von seiner wirtschaftlichen Verbilligung nicht nur die Frage einer günstigen Gewinnung der Braunkohlenerzschicht abhängt, sondern die Möglichkeit geschaffen wird, größere Mengen der Braunkohle zu gewinnen, was wiederum die Lebensdauer des Bergbaues erheblich verlängert. Weiter ergeben sich aus der Anwendung der Braunkohle bei Gewinnung und Verarbeitung der Braunkohle die wichtigsten Fragen, die der wissenschaftlichen Durchdringung bedürftig sind. Auch die Arbeiten unter Tage und namentlich bei der Aus- und Vorrichtung sowie der Entwässerung bieten eine große Zahl von wissenschaftlichen und chemischen Problemen, die zu lösen zu fördern zu wissenschaftlicher Bedeutung bedürftig sind. Es bedarf nun keines besonderen Hinweis darauf, daß die Braunkohlenerzbergbau der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege vor ungeheure Aufgaben gestellt wird.

deren Lösung nur dann möglich wird, wenn unsere Innen- und Außenwirtschaft mit den denkbar niedrigsten Selbstkosten rechnen darf, denn nur so wird sich Deutschland seine alte Stellung im Weltbunde wieder gewinnen und ausdehnen können, an dem es in keinem dringenden Lebensinteresse hervorragenden Anteil haben muß. Das Fundament aller Wirtschaft ist aber in erster Linie die Kohle. Gelingt es, diese durch einen blühenden Bergbau zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, so wird die weiterverarbeitende Industrie wieder erstarken.

Ausländisches Gemäße unterliegt dem Schlußscheinzwang.

Drei Leipziger Großhändler hatten eine große Sendung aus Tannentrost kommendes Weizen ohne Ausweisung von Schlußscheinen weiter verkauft. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Leipzig machten sie geltend, daß Schlußscheine nur beim Handel mit Inlandgut mit vorgeschrieben seien, zur Wahrung der Schutzwirtschaft. Dieser Auffassung trat das Gericht entgegen; das Gericht spreche von Gemäße, Obst und Süßwaren, meine also offenbar auch das aus dem Auslande kommende Gemäße; dann solle nicht nur der Preis aus dem Schlußschein ersichtlich sein, sondern auch die Herkunft. Die Händler wurden zu Geldstrafen in Höhe von 300 bis 350 M. verurteilt.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des 19. Reichstagswahlkreises tagte am Sonntag in Leipzig. Aus dem vom Genossenschaftsrat ernannten Ausschuss berichtete folgendes hervorgehoben: Der Reichsverein hat 1028 zahlende Mitglieder, darunter 313 weibliche. Zum Militär eingezogen sind 2115, gefallen 313 Mitglieder. Die Einnahmen der Ortsvereine betragen 3000,83 M., an die Kreisvereine sind davon abgeführt worden 1778,53 M. Der gesamte Reinertrag in den Ortsvereinen betrug am 31. März 1918 4754,58 M. An den Parteivorstand hat der Reichsverein 712 M., an den Bezirksvorstand 356 M. abgeführt. Der auf Listen gesammelte Erlösbeitrag betrug 629,75 M. ein. Hinsichtlich der Freizeitspiele hat die Parteipresse 5882 Bezüge im Kreise. Die Jugendorganisation zählt 520 Mitglieder, Gemeindevorsteher sind 100 vorhanden, außer ihnen noch 3 Ortsmitarbeiter.

In der interessanten Aussprache nahm auch der Vertreter des Reiches im Reichstage, Genosse Schöppin, das Wort. Er wies scharf die Kriegspolitik der Großhändler und der vertriebenen Industrie und führte dann weiter aus: Leider müsse konstatiert werden, daß die Entente nicht eher zu einem Frieden bereit sei, bevor sie nicht vor einer militärischen Katastrophe steht. Nichts anderes wäre es für die Arbeiterklasse, wenn in der schweren Zeit der Gegenwart Mühseligkeit oder Ermüdung in den Parteiorganisationen Raum finden würden. Die kommende schwere Zeit verlange fruchtvolle Organisationen und mutige operierende Mitglieder. Die Internationale verfolge unter dem Verschleiden der Ententeorganisationen auch jetzt noch, wo sie unter der herrschenden Not und Friedenssehnsucht vielfach viel für den Frieden leisten könnte. Gerade deshalb tut der deutsche Arbeiterklasse Einigkeit und Geschlossenheit mehr noch, denn jemals zuvor.

In der sonstigen Aussprache, an der sich auch die Landtagsabgeordneten des Reiches, die Genossen Krause und Hellisch, beteiligten, wurden die schwebenden Meinungsverschiedenheiten eingehend erörtert. Einmütig war die Verammlung in dem Willen, die Geschlossenheit der Parteiorganisation im Kreise zu wahren. Den Bericht der Reichskommission ernannte Genosse Krause, der erklärte, daß er die politische Haltung der Volkswirtschaften billige, ohne dabei irgendwelchen Widerspruch zu finden.

Chemnitz. Bei der sächsischen Straßenbahn waren Differenzen wegen des Dienstplanes ausgebrochen. Jetzt kann die Volkswirtschaft mitleiden, daß nach Verhandlungen zwischen der Direktion und den Angestellten der Straßenbahn die letzteren am gestrigen Montag vollzählig die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Meerane. Aus Verstum war dem Privatmann Franz S. in Meerane durch das Ernährungsamt eine Protokarte zuviel übergeben worden. Auf diese Karte hat nun S. sowohl die Brotmengen als auch die Lebensmittel bezogen. Er wurde vom Schöffengericht Meerane zu 50 M. Strafe verurteilt. Auf die Vermutung der Staatsanwaltschaft wurde die Strafe auf 150 M. erhöht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf der Jungviehweide des oberen Rittergutes Langenau, wurde in der letzten Nacht ein großer Diebstahl verübt. Man fand daselbst den Kopf und die Eingeweide eines Kindes vor. Es stellte sich heraus, daß Diebe nachts eine große Kalbe gleich auf der Weide abgeschlachtet hatten. Mit der Weide haben sie dann das Weite gesucht. — Einmalig brunnelt es in Aretzsch beim Ausladen von Langholz der beim Fuhrwerkshilfer Rich behelagte jugendliche Arbeiter Renner, Sohn der Witwe Renner in Kleinardt. Ein Stamm sollte wieder vom Wagen herab und trat Renner am Kopf. — Ein Waldbrand war dieser Tage in dem an der Weiperters Bahnhöhe gelegenen Teile des Gemeindefeldes Zehna ausgebrochen. Reichlich 1500 Quadratmeter zehnte bis fünfzehnjährigen Fichtenbestandes sind dem Feuer zum Opfer gefallen.

Stadt-Chronik.

Landwirtschaft und Verbraucher.

„Gemäß ist im Kriege, zumal wenn der Feind ihn als Nahrungsmittel führt und demnach alles auf das Durchhalten des Volkes ankommt, das Verbraucherinteresse die oberste Bedingung, und die Erzeugung hat dem zu dienen, und hat die Pflicht, alles zu leisten, was sie kann.“ Solche Worte hat man von der agrarischen Seite nicht oft gehört, und doch stehen sie jetzt in der Deutschen Tageszeitung. Es muß freilich hinzugesagt werden, daß ihnen ein sehr großes Aber folgt. „Es geht nicht mehr so weiter! Die Eingriffe in die Produktion sind so erdrückend, daß die Bergbewirtschaftung, besonders der kleinen Landwirte, auf der Höhe angekommen ist. Der Augenblick ist da, wo das den städtischen Verbraucherfreier einmal gesagt werden muß, damit sie nicht eines Tages überfallen werden, wenn ihr System des räuberischen „Erfolgsens und Verteilens“ an dem Ende angelangt ist, wo nichts mehr da ist.“ Und Hilfe in dieser Not soll natürlich das System Mische bringen. Daraus läßt die ganze Geschichte hinaus. „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“ geht uns das System Mische, sonst streifen wir eines Tages.

Neben diesem Appell an die Verbraucher werden natürlich die üblichen und hinlänglich bekannten Klagen über den angeklammerten, wie schlecht es den Landwirten und wie gut es den Verbrauchern geht. Ein Rückfächer Klarer verweist sich in der Volkslichen Zeitung sogar zu der Behauptung, daß die Lage der Selbstversorger eine viel ungünstigere als die der Verbraucher ist, weil die ihm unvorteilhaft und mit Recht vorzuziehenden größeren Mengen zum Verbrauch allmählich mehr und mehr gekürzt werden.“ Daß den Verbrauchern die

Mengen gleichfalls gekürzt wurden, daß ihnen jetzt nicht einmal Obst und Gemüse erreichbar sind, während der Selbstversorger sich in dem Verbrauch dieser Nahrungsmittel gar keinen Zwang, keine Einschränkung aufzuerlegen braucht, das scheint der Herr Klarer zu vergessen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diejenigen Kreise aus Landwirtschaft und Handel, die jetzt das Geißel von der Freiheit in Produktion und Handel erwarten, von einer ganz falschen Voraussetzung ausgehen. Der freie Handel ist nützlich und gut, wenn beliebig viel Ware zur Verfügung steht. In solcher Zeit leben wir doch aber jetzt nicht, sondern wir haben mit einer allgemeinen Knappheit zu rechnen. Alles was man über die Wiederherstellung des Handels jetzt schreibt und redet, ist falsch, denn die Nachfrage bleibt auch beim freien Handel größer als das Angebot und die Ware geht natürlich dorthin, wo die höchsten Gebote darauf abgegeben werden, d. h. wir würden, wenn die Wünsche von Landwirtschaft und Handel in Erfüllung gehen, bald Preise haben, wie sie heute auf dem freien Markt in Prag bezahlt werden wo ein Pfund Butter noch deutschem Gelde 20 M., ein Pfund Mehl 4,50 M., ein Pfund Schweinefleisch 1,20 M. kosten.

Eine solche Entwicklung ist mit dem Verbraucherinteresse nicht in Einklang zu bringen. Das Aufgeben des jetzigen Systems, das trotz seiner Mängel und wenigstens ein leidliches Durchkommen sichert, würde den Ruin bedeuten.

Schließlich muß noch eins gesagt werden: Der Antrag Mische spricht verschiedentlich von der Sicherstellung des Bedarfs der minderbemittelten Kreise. Wir leben ganz davon ab, daß es fast unmöglich ist, eine allgemeine gültige Definition dieses Begriffs zu finden, aber es ist doch wichtig, einmal auf ein paar Zahlen hinzuweisen. Selbst wenn wir annehmen, daß die 5000-Mark-Einkommensgrenze die richtige sei (was sicher nicht der Fall ist), so würden ungefähr 95 Proz. der Bevölkerung zu den Minderbemittelten zu rechnen sein, für die die Zwangsverwaltung aufrecht erhalten bleiben muß. Wohnt es nun wirklich, um 5 Proz. ein ganzes System über den Haufen zu werfen?

Mehlschiebereien in einem Dresdner Mehlbezirk.

Im 15. Mehlbezirk (Vorstadt Viehchen) bekleidete der schon vorbestrafte Kaufmann Karl Wand die Stelle des Bezirksvorstands. Er wurde am 1. März 1915 durch den Inspektor des Stadtbezirks J. eingestellt und vom Ratskassierer S. verpflichtet. Am 15. Oktober 1917 erfolgte nach einer Nachprüfung. In Gemeinschaft mit den Vorkamerherren Paul Franz Hermsdorf, Oswald Sellmann und der Vorkamerherren Frieda verw. Baumgart hat sich Wand zu verantworten wegen Verletzung und Verleumdung von Mehl aus den Vorräten des Kommunalverbandes Dresden. Außerdem haben Hermsdorf und Sellmann Brot ohne Brotmarken verkauft und beim Verkauf auch noch den Höchstpreis überschritten. In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß W. von den drei Mitangeklagten Geschenke angenommen und dafür Mehlbezugscheine ausgefertigt hat. Auf diese zu Unrecht erlangten Bezugscheine verachteten sie sich Mehl aus den Mühlen der Umgebung und zwar S. 33, S. 45 und die B. 12 Bentner. Von den hergestellten Broten haben S. gegen 40 und S. gegen 1000 Stück ohne Marken und zu höheren Preisen abgeben. Letztere Straftaten waren der mitangeklagten B. nicht nachzuweisen. Ihr Mann stand seit Anfang des Krieges beim Militär, kam 1917 mit ins Feld und ist bald darauf gefallen. Seit dieser Zeit bewirtschaftet sie das Geschäft allein mit einem Lehrling. W. gab an, daß er den Weibern die Mehlbezugscheine ausgefertigt habe, nicht um ein Trinkgeld zu erlangen, sondern weil ihn die Betroffenen gebauert haben, da sie ständig Markendefizit hatten. S. sei übrigens von seinem Lehrling um Marken bestohlen worden. W. erhielt anfangs 100 M., später 200 M. Gehalt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wie folgt: Wand acht Monate Gefängnis, 1000 Mark Strafe oder weitere 100 Tage Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Hermsdorf: 5500 Mark Strafe oder ein Jahr 60 Tage und Sellmann 7000 Mark Strafe oder ein Jahr 100 Tage Gefängnis. Die B. wurde freigesprochen. Das von W. erlangte Verhängnisgeld, gegen 300 M., sowie der Betrag für das bei den Vorkamerherren noch vorgeschuldene Mehl in Höhe von 370 M. wird eingezogen. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß schon sämtliche Angeklagte vorbestraft waren, die Väter wegen Kriegs- und Gewerbevergehen. W. war ganz besonders strafbar; wenn solche Leute verfangen, könne die ganze Nahrungsmittelverteilung ins Schwanken kommen; sie müssen Verhängnisverfahren Stand halten. (Bei 100 M. Gehalt!) Die Väter haben aktive Verletzung getrieben und sind von W. nicht zurückgewiesen worden. Außerdem waren sie auch zu bestrafen wegen des Vergehens gegen die Mehlbestimmungen des Kommunalverbandes. Bei Frau W. habe das Gericht Geschäftsunkenntnis angenommen und deshalb auf Freisprechung erkannt.

Reisegepäckdiebstähle.

Wie bei der Post haben auch die Diebstähle auf der Eisenbahn zugenommen. Es wird aus den Personenabteilen und auch aus den Pack- und Güterwagen gestohlen. In diesem schweren Uebelstande wird dem Berliner Tageblatt von der Eisenbahndirektion Berlin folgendes mitgeteilt, das auch für die Dresdner Bevölkerung beachtenswert ist. Das reisende Publikum trägt einen großen Teil der Schuld an den Diebstählen: hauptsächlich die Damen gehen mit ihrem Eigentum so leichtsinnig um, daß sie förmlich zum Diebstahl verführen. Auf die reservierten Plätze wird eine Silbertasche, eine kostbare Pelzboa oder eine elegante Handtasche gelegt. Während die Besizerin sich auf dem Bahnsteig ergötzt oder Abschied nimmt, verschwinden derartige Sachen spurlos und der Dieb hat in dem Gedränge unbefangenen das Weite gesucht. In Ostschlesien, die nur mit einem Band verschlossen sind, werden lebende Wulven oder Hühner gelegt, die der Dieb mit Leichtigkeit in die Ueberziehertasche stecken kann. Die Notizen und Tatsachen die als Passagiergepäck angegeben werden, haben oft nur mangelhafte Verhältnisse, die ohne Spuren zu hinterlassen, zu öffnen sind. Einem solchen Koffer sieht man es von außen nicht an, daß er beraubt worden ist. Die Nachforschungen nach dem Dieb werden naturgemäß sehr erüdwert, wenn erst nach der Auslieferung des Personengepäckes die Veranbarung festgestellt werden kann. Daß die Diebe vielfach unter dem Eisenbahnpersonal zu finden sind, steht leider außer Zweifel. Die Verwaltungen müssen vielmehr mit unerschuldetem Hilfspersonal arbeiten, das abdauernd wechself. Diese nicht sehr angelegten Leute jöhnden in dem

